



„Abgesehen von neuen Lieferanten braucht es für den Ausstieg auch einen reduzierten Gasverbrauch und mehr Eigenproduktion von Biogas oder Wasserstoff.“

Energieministerin Leonore Gewessler (Grüne) sprach sich erneut gegen ein russisches Gasembargo aus. Foto: APA/Punz



Christoph Andexlinger, Karl Weingrill (EKZ west) und Stephan Mayer-Heinisch (v. l.) bei der Generalversammlung des ACSP im EKZ west. Foto: Friedle

## „Sonst veröden die Innenstädte“

Der Ex-ACSP-Obmann Stephan Mayer-Heinisch beklagt die Wettbewerbsnachteile für den Einzelhandel.

**Innsbruck** – Vergangenen Mittwoch fand die Generalversammlung des Austrian Council of Shopping Places (ACSP) im Innsbrucker Einkaufszentrum west statt. Anlässlich des Treffens wurde die Leitung des Verbands vom langjährigen ACSP-Obmann Stephan Mayer-Heinisch, er ist auch Präsident des österreichischen Handelsverbandes, an seinen designierten Nachfolger Christoph Andexlinger übergeben. Auch Center-Manager Karl Weingrill zeigte sich zufrieden: „Ich freue mich sehr, dass es nach einer zweijährigen Pandemiepause heuer wieder zu einer ACSP-Generalversammlung kommt und dass diese noch dazu bei uns im Einkaufszentrum west in der Höttinger Au stattfindet.“ Das west habe sich zu einem Zentrum im stark wachsenden Stadtteil Höttinger Au etabliert.

Die Staffelübergabe erfolgt in turbulenten Zeiten. Zwei Jahre Corona-Pandemie mit vier langen Lockdowns haben dem Einzelhandel schwer zugesetzt. Und die aktuelle Teuerungswelle und die damit verbundene Zurückhaltung beim Konsum trifft die Branche inmitten eines zarten Aufschwungs. „2020 haben rund 4000 Geschäfte in Österreich

dichtgemacht. Für 2021 haben wir noch keine Zahlen, aber die Zahl dürfte ähnlich hoch sein“, erklärt Mayer-Heinisch

„Wenn wir den Handel jetzt alleine lassen, wird er – Stichwort Digitalisierung – noch weiter zurückfallen.“

Stephan Mayer-Heinisch (ACSP)

gegenüber der *TT*. Eine Pleitewelle sieht er zwar noch nicht, aber wenn nichts geschehe, werde es „grausig“ werden.

Der Handelsexperte sieht den stationären Einzelhandel einem regelrechten „Giftcocktail“ ausgesetzt. „Zum einen wirkt sich die Teuerung – und hier ganz besonders bei den Energiekosten – dramatisch aus. Dazu kommt, dass die Menschen verunsichert und daher auch zurückhal-

tend sind, was den Konsum anbelangt“, so Mayer-Heinisch. Und zu guter Letzt habe die Branche gegenüber der Online-Konkurrenz massive Wettbewerbsnachteile. „Im Gegensatz zu Amazon und Co. bezahlen unsere Betriebe Steuern. Dazu kommen noch viel zu hohe Lohnnebenkosten und bürokratische Regularien, die einfach nicht mehr zeitgemäß sind“, betont Mayer-Heinisch. Was es langfristig brauche, seien intelligente und flexible Modelle für die „sehr heterogene“ Branche.

„Die Politik muss endlich verstehen, dass der Einzelhandel auch eine gesellschaftspolitische Dimension hat“, sagt Mayer-Heinisch. Die veröden Innenstädte, die es auch in Österreich bereits gibt, würden deutlich zeigen, dass es den stationären Handel für lebendige und lebenswerte Städte brauche. (hu)

### Austrian Council of Shopping Places

Das ACSP ist ein Interessenverband, der Wirtschaftstreibende vertritt, die mit dem stationären Handel in Verbindung stehen. Er vertritt unter anderem über 90 % der 250 österreichischen Shopping-Center (rund 8800 Shops), die eine vermietbare Fläche von rund 4,2

Mio. m<sup>2</sup> aufweisen. Aktuell sind in Österreichs EKZ über 80.000 Menschen beschäftigt. Der Marktanteil, bezogen auf das Kaufkraftpotenzial der Österreicher, lag für Shopping-Center vor Corona bei 24 %. Der Umsatz 2019 lag bei insgesamt 13,6 Mrd. Euro. (Quelle: ACSP)



Der Verband österreichischer Handelsimmobilienbetreiber fordert die sofortige Aufhebung der Maskenpflicht im gesamten Handel. Foto: Falk

## „Maskenpflicht nicht nachvollziehbar“

**Wien** – Trotz Lockerungen bleibt die Maskenpflicht in Teilbereichen des Handels weiterhin bestehen. Dies stößt beim Austrian Council of Shopping Places (ACSP) auf herbe Kritik.

Christoph Andexlinger, Obmann des ACSP, sieht unter anderem in der Aufhebung der Maskenpflicht in Schulen bei gleichzeitiger Beibehaltung der Maskenpflicht in Teilbereichen des Handels eine nicht

## „Pleitewelle wurde nur aufgeschoben“

Finanzombudsteam-Chef Gerald Zmuegg über Liquiditätsprobleme der KMU und das Scheitern des Staates in der Corona-Krise.

**Wien** – Finanzombudsteam ist eine Plattform für mittelständische Firmen. Das Beratungsunternehmen begleitet aktuell über 1500 KMU in der durch das Coronavirus ausgelösten Wirtschaftskrise.

Sie üben immer wieder heftig Kritik an den Corona-Hilfen. Was ist für Sie da schiefgelaufen?

**Gerald Zmuegg:** Grundsätzlich wurden die Hilfspakete schlicht falsch aufgestellt. So war es für die Unternehmen notwendig, zusätzliche Schulden aufzunehmen, und zwar durch Überbrückungskredite und Ratenvereinbarungen mit Lieferanten, Finanzamt sowie Sozialversicherung. Und ursprünglich dachte man, das Ganze dauert ein halbes Jahr. Und das kam dann bekanntlich ganz anders. Nun haben wir ein wirklich großes Problem.

Und zwar?

**Zmuegg:** Die zwei Jahre Krise mit den Lockdowns haben bei den meisten KMU quer durch alle Branchen das Eigenkapital aufgefressen. Und ganz besonders trifft dies die Gastronomie und Beherbergung, die schon vorher nicht für eine wirklich gute Eigenkapitaldecke bekannt waren. Damit stehen diese Betriebe vor zwei Problemen: Zum einen können sie die Überbrückungskredite, die ja auf drei Jahre angelegt waren, nicht zurückzahlen, und zum anderen werden sie von den Banken zum so genannten „Klumpenrisiko“ gezählt und bekommen auch keine Betriebsmittelkredite mehr, um die aktuell enorme Teuerung, hier vor allem bei den Energiekosten, vorfinanzieren zu können.

Wie viele Betriebe betrifft das aus Ihrer Sicht?

**Zmuegg:** Die genaue Zahl ist sicher schwer zu beziffern. Es wurden für 25.000 Unternehmen – die meisten aus dem KMU-Bereich – Überbrückungskredite in der Höhe von 4,5 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Wir gehen da-

von aus, dass der Großteil davon heftige Probleme damit hat und viele davon eigentlich vor der Insolvenz stehen.

Aktuell scheinen sich die Insolvenzen aber auf Vorkrisen-Niveau einzupendeln.

**Zmuegg:** Unsere Auswertungen und Insolvenzzahlen im März widersprechen den Aussagen des Finanzministeriums, wonach die Insolvenzwelle verhindert worden wäre. Vielmehr zeigt sich, dass sie lediglich verschoben wurde.

Es gibt aber auch Stimmen, die sagen, das ist nun einfach eine notwendige Marktberichtigung.

**Zmuegg:** Genau das ist es eben nicht. Die Unternehmen sind an ihren derzeitigen Problemen nicht schuld. Es war der Staat, der in Lockdowns ein unumgängliches Mittel sah, die Pandemie einzudämmen, und die Betriebe zum Schließen gezwungen hat. Ich kenne namhafte Gastronomen – auch in Tirol –, die haben in den letzten Jahren alles, was sie an Liegenschaften, stillen Reserven oder auch Skilift-Beteiligungen hatten, verkauft, um durch die Krise zu kommen. Irgendwann war nichts mehr da, und das trotz der viel gerühmten Hilfen. Und jetzt werden sie mit ihren Problemen allein gelassen. Das würde für noch mehr Betriebe das Aus und für noch mehr Angestellte die Arbeitslosigkeit bedeuten. Das kann

nicht im Interesse der Allgemeinheit sein. Deshalb sehen wir keinen anderen Weg, als eine Klage einzubringen und den Staat mit sanfter Gewalt zu seinen Pflichten zu bewegen.

Was braucht es jetzt aus Ihrer Sicht am dringendsten?

**Zmuegg:** Zum einen braucht es punktgenaue Unterstützung, damit sich die Unternehmen wieder refinanzieren können, und das schnell. Und zum anderen benötigt es endlich ein Umdenken der Politik. Wir brauchen ein Konzept, das eine Eigenmittelstärkung für die Unternehmen ermöglicht. Allerdings wird das so lange nicht funktionieren, solange Eigenkapital um ein Vielfaches teurer ist als Fremdkapital.

Viele Experten sprechen bereits von einer drohenden Stagflation.

**Zmuegg:** Wenn ich die aktuelle politische Diskussion betrachte, dann scheinen wir uns schon stark in Richtung einer Lohn-Preis-Spirale zu bewegen. Wenn dann noch die Leitzinsen von der EZB angehoben werden, dürfte es wirklich finster werden, denn das bremst sicher die Wirtschaftsleistung. Schon deshalb, weil das bei aktuell extrem hoher Staatsverschuldung auf jeden Fall eine Vermögensumverteilung und Wohlstandsvernichtung mit sich bringen wird.

Das Interview führte Hugo Müller



Finanzombudsteam-Chef Zmuegg kritisiert die Regierung. Foto: Finanzombudsteam

Der ACSP-Obmann verweist auch darauf, dass alle Betreiber von Shopping-Centern in Österreich bislang die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung sowohl inhaltlich als auch finanziell kräftig unterstützt haben. „Unsere Branche hat bislang die Schutzmaßnahmen vollinhaltlich umgesetzt und dafür auch enorm viel Geld in die Hand genommen. Unsere Kunden haben sich zu 99,9 Prozent an die

Regeln gehalten. Jetzt versteht aber niemand mehr, warum die Verpflichtung zum Masketragen nicht schnellstens auf Freiwilligkeit und Selbstverantwortung umgestellt wird.“ Die Erfahrung während der vergangenen zwei Pandemiejahre habe gezeigt, dass gerade bei der Maskenpflicht Flexibilität erforderlich sei. In vielen Ländern Europas gibt es zudem die Maskenpflicht nicht mehr. (TT)